

Nationale Demenzstrategie

Mehr Teilhabe und bessere Versorgung für Menschen mit Demenz

Um das Leben sowie die medizinische und pflegerische Versorgung von Menschen mit Demenz zu verbessern, hat die Bundesregierung Anfang Juli eine Nationale Demenzstrategie verabschiedet. Entwickelt wurde diese unter Federführung des Bundesgesundheits- und des Bundesfamilienministeriums gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Verbänden. Auch die Bundesärztekammer war an der Erarbeitung des Strategiepapiers beteiligt. Eine Bilanz soll 2026 gezogen werden.

Zum einen sieht das Konzept Maßnahmen vor, die Demenzkranke befähigen sollen, so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dazu gehörten gute lokale Netzwerke zur Unterstützung von Betroffenen und Angehörigen, heißt es dort. Zum anderen sollen demente Menschen in Pflegeeinrichtungen, in Krankenhäusern oder Arztpraxen ihrer Erkrankung angemessen betreut werden. Das erfordere eine bedarfsgerechte Personalausstattung, qualifiziertes Personal und angepasste Arbeitsabläufe. Häufig seien Hausärztinnen und Hausärzte erste Anlaufstellen für Menschen mit Demenz. Damit diese die weitere Betreuung ihrer Patienten gut koordinieren könnten, solle eine zusätzliche Vergütung dieser Leistung geprüft werden. Dem Konzept der Bundesregierung zufolge soll



Zurzeit leiden in Deutschland etwa 1,6 Millionen Menschen an einer Demenz. Schätzungen der Bundesregierung zufolge könnte es im Jahr 2050 bereits rund 2,8 Millionen Betroffene geben.

Foto: Daisy-Daisy/istockphoto.com

zudem die Forschung zu demenziellen Erkrankungen gefördert werden.

Die Ärztekammer Nordrhein beschäftigt sich regelmäßig im Rahmen von Veranstaltungen, Fortbildungen und in Projekten mit dem Thema Demenz. Dazu gehört auch die Delirprophylaxe auf Intensivstationen (siehe RÄ, Heft 2, 2019). HK

Niedergelassene Ärzte

Verband für freie Arztwahl und Freiberuflichkeit

Im Kölner Gürzenich eröffnete im Juni 1970 Dr. Kaspar Roos als Bundesvorsitzender die 20. Ordentliche Bundeshauptversammlung des Verbandes der niedergelassenen Ärzte Deutschlands e.V. (NAV). Das *Rheinische Ärzteblatt* druckte das Referat in der Ausgabe vom 8. September 1970 vollständig ab. Die „uneingeschränkte freie Arztwahl der Patienten unter allen niedergelassenen Ärzten und die Erhaltung der Freiberuflichkeit der in freier

Praxis tätigen Praktischen Ärzte und Fachärzte“ waren Hauptziele des am 26. August 1950 gegründeten Verbandes, der zunächst als „Verband der niedergelassenen Nichtkassenärzte Deutschlands“ firmierte. Der Verband stemmte sich vor allem gegen die „unsinnige Zweiteilung“ der niedergelassenen Ärzte in Kassenärzte und Nichtkassenärzte, sagte Roos. Dahinter stand eine starre Verhältniszahl von Ärzten und Versicherten, die die Zahl der zugelassenen Kassenarztpraxen begrenzte. Dagegen klagte der NAV erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht. bre

COVID-19

Telekonsile in der Behandlung werden regelmäßig genutzt

Die Universitätsklinik Aachen beriet in 761 Telekonsilen bei 63 Patientinnen und Patienten Krankenhäuser in ganz Nordrhein-Westfalen bei der Behandlung von COVID-19-Patienten. Insgesamt stellten die Universitätskliniken Aachen und Münster seit Startschuss des Virtuellen Krankenhauses Ende März ihre intensivmedizinische und infektologische Expertise in der Behandlung von COVID-19-Patienten in 843 Konsilen bei 97 Patienten landesweit 32 Kliniken zur Verfügung. Das teilte das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Anfang Juli mit. Aufgrund der Schwere der Erkrankung entstehe ein intensiver Beratungsbedarf mit mehr als acht Konsilen pro Patient. Die Unikliniken berieten hauptsächlich zur Beatmung im Rahmen von schwerem Lungenversagen. Fragen stellten Ärztinnen und Ärzte hierbei unter anderem zum Zeitpunkt des Beatmungsbeginns, zur Lagerungstherapie und zur Entwöhnung von der künstlichen Beatmung sowie zur Therapie sich überlagernder Infektionen. Die Telekonsile hätten ihnen ein „hohes Maß an Behandlungssicherheit“ gegeben, sagten Ärztinnen und Ärzte, die die Beratung in Anspruch nahmen. Universitätsprofessor Dr. Gernot Marx, Klinikdirektor für Operative Intensivmedizin und Intermediate Care der Uniklinik Aachen, sieht NRW mit dem Virtuellen Krankenhaus gut gerüstet, sollte es eine zweite Corona-Welle geben. jf

RA VOR 50 JAHREN